

# Weiter Weltmachtdenken?

Von WILHELM SCHMÜLLING

## Streit um Gas und Öl



Zu Beginn des Jahres 2006 ließ Russland die Muskeln spielen. Die Ukraine sollte plötzlich einen völlig überhöhten Gaspreis zahlen. Inzwischen haben sich Russland und die Ukraine auf einen neuen Gas-Liefervertrag geeinigt. Also ist wieder Normalität eingeleitet? Mitnichten. Immerhin wird die Ukraine fast den doppelten Preis wie bisher bezahlen. Demnach hat sich für Russland das Muskelspiel gelohnt. Hinzu kommt ein politischer Gewinn. Für die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, die Gas zum Vorzugspreis erhalten, bedeutet das eine Disziplinierung. Damit sie weiterhin bevorzugt werden, müssen sie sich politisch genehm verhalten. Ein besonders krasses Beispiel ist Weißrussland, das ein treuer Verbündeter Russlands ist. Aber auch die Ukraine ist zu Kreuze gekrochen. Nicht nur dass sie fast den doppelten Preis bezahlt, sie musste sich auch verpflichten, russisches Gas ausschließlich über einen Großhändler zu kaufen, der nicht nur eine Tochtergesellschaft von Gazprom ist, sondern dessen Firmensitz sich in Zug befindet, dem schweizerischen Steuerparadies.

- Das alles mag man dem etwas anderen Verständnis von Marktwirtschaft in Russland zuordnen, in dem Korruption und politische Einflussnahme üblich sind. Darüber hinaus erlebt die Welt in dieser Phase des Gaskonfliktes eine verstärkte Hinwendung zur Geopolitik. Man versteht darunter Landnahme, zumindest aber Vorherrschaft in Gebieten, die reich an Bodenschätzen sind. Das hat erst kürzlich Mark Leonard, Direktor für Auswärtige Politik am Centre for European Reform in London beschrieben, der vor den Folgen warnt, „wenn die Geopolitik die heute erkennbare Richtung fortsetzt“: ... „Es wird erbitterte

globale Auseinandersetzungen um Erdöl, Wasser und Fachkräfte geben.“ (WELT am Sonntag, 8. 1. 2006)

Kaum jemand behauptet heute noch, die beiden Irakkriege seien ausschließlich wegen irakischer Massenvernichtungswaffen geführt worden oder gegen die Diktatur Saddam Husseins. Es ging um Erdöl. Kann sich ein solcher heißer Krieg wiederholen?

Immer noch wird militärisches Vorgehen als Möglichkeit angesehen, insbesondere gegen den Iran. In Europa ist man da vorsichtiger, noch. Noch versuchen die großen Macht- » » »

zentren, ihre Hegemonialbestrebungen mit vormilitärischen Mitteln durchzusetzen. Dazu gehört die Anbindung an die jeweiligen finanziellen Machtsphären. So wird die amerikanische Hemisphäre mit dem Dollar über verschiedene Institutionen aufrechterhalten. Das Fakturieren, also das Ausstellen von Rechnungen, geschieht in Dollar, was ihn als Weltwährung absichert. Vor einigen Jahren wollte der Irak seine Ölrechnungen in Euro ausstellen; jetzt sagt man das vom Iran. Sollte das politisch belanglos sein?

**Seit der Euro-Einführung** hat sich Europa zu einer Weltmarkt-Konkurrenz entwickelt. Auch diese neu entstehende Machtsphäre ist geopolitischen Überlegungen nicht abhold. Die Gasleitung von Russland durch die Ostsee mag man noch mit Sicherheitsüberlegungen begründen. Aber was ist mit der Einflussnahme Europas auf die Ukraine, die bei der Orange-Revolution massiv unterstützt wurde? Auch wurde überlegt, ob man nicht der Ukraine die Differenz zwischen dem alten und neuen Gaspreis erstatten sollte, ganz uneigennützig natürlich, was letztlich allerdings auf eine Subventionierung von Gasprom hinaus liefe. Bestimmen nicht auch hier geopolitische Überlegungen eine Rolle? Erst Recht bei der Osterweiterung der Europäischen Union? Die dazu notwendigen finanziellen Aufwendungen werden die EU noch vor große Probleme stellen. Die Transfersummen werden kaum zur Stabilisierung der Demokratie gezahlt, sondern dienen zur festen Anbindung an EU und Nato. Exemplarisch dafür sind die baltischen Staaten. Allgemein kann man sagen: Der Wirtschaft geht es um die Erschließung osteuropäischer Märkte, den Banken und Hedgefonds um die Steigerung des Kapitalertrages. Inzwischen muss man fragen, ob die Geopolitik nicht schon völlig im Dienste der Wirtschaftsinteressen steht. Immer mehr gerät die Politik unter die Dominanz der Ökonomie.

**Neben dem Dollar- und dem Euro-Raum hat sich Ostasien als drittes Machtzentrum etabliert.** Aufgrund der niedrigen Löhne sind dort die Kapitalprofite so riesig, dass Japan und China zu Gläubigern der USA wurden. Zögen diese beiden Länder schlagartig ihre Finanzanlagen aus Amerika zurück, käme es zu einem Dollar-Crash. Diese Gefahr wird durchaus gesehen. Doch die Auswirkungen auf den Warenabsatz der Asiaten begrenzt diese Gefahr. Man sieht daran jedoch, wie instabil Marktbeziehungen sein können, wenn die einen von den Interessen des Kapitals, die anderen von den Interessen des Politbüros beherrscht werden, wie in China. Freie Marktwirtschaft, das Ideal des Westens, ist halt nur ein Ideal, aber keine Wirklichkeit.

Ein weiteres Machtgebilde, das aber nicht durch Grenzen lokalisiert werden kann, ist die Religiosphäre (Mark Leonard). Augenscheinlich hält man in einigen muslimischen Ländern nicht mehr so viel von westlichen Werten, auch nicht von der westlichen Auffassung von Demokratie. Leider schreckt man dort vor Gewaltanwendung zur Durchsetzung religiöser Vorschriften immer seltener zurück, wie der Bilderstreit beweist. Der Abbau solcher Spannungen ist für das friedliche Zusammenleben der Religionen unabdingbar.

**Wie einfach war doch die Aufteilung der Welt,** als es den Ost-West-Gegensatz gab. Die Komplexität der heutigen ökonomischen Verflechtungen vernebelt die geopolitischen Ambitionen der großen Machtzentren, aber sie sind vorhanden. Hinter solchen schwer zu durchschauenden Zusammenhängen

steckt ein ordnungspolitisches Grundübel. Obgleich die Menschen nur Gäste auf diesem Erdball sind, benehmen sie sich wie Herrscher. Anstatt das Land zu nutzen, dafür Miete oder Pacht zu zahlen, grenzen sie ein Areal ab, nennen es Grundstücks- oder Landesgrenze, angeeignet in früheren Zeiten meist durch Raub, heute erworben durch Kauf. Jedoch umfasst das Eigentumsrecht an Boden nicht nur die Erdoberfläche, es regelt auch das Eigentum an Bodenschätzen. Folglich grenzen Staaten, die reich an Bodenschätzen sind, automatisch andere davon aus. Streit um Wasser, Kohle, Gas oder Öl ist somit unausweichlich; es sei denn, die Habenichtse zahlen Tribut. Das ist die Realität.

**Wie lösen wir uns aus diesem Dilemma? Silvio Gesell machte dazu ganz konkrete Vorschläge in der NWO: „Freiland, die eherner Forderung des Friedens“:**

*„Die wirtschaftlichen Einrichtungen, die das Zerfallen der Völker in verschiedene Klassen bedingen und zum Bürgerkrieg treiben, sind in allen Kulturstaaten von Anfang an bis auf den heutigen Tag dieselben gewesen: das Bodenrecht und das (Metall)Geld. ... Solange wir mit unseren Neuerungsbestrebungen und Umwälzungen vor den genannten beiden wirtschaftlichen Einrichtungen Halt machen, ist kein Friede möglich, weder nach innen noch nach außen. ... Das Privatgrundeigentum und das damit untrennbar verbundene Proletariat sind unvereinbar mit wahrer Demokratie. ... Der Inbegriff aller Völkerrechte ist die Staatshoheit über das von den Völkern besetzte Land ... Welchen Missbrauch treiben die Völker mit den, wie es heißt, noch nicht weit genug getriebenen Hoheitsrechten! ... `Amerika für die Amerikaner` ... und verweigern damit den Mongolen den Zutritt in ihr Land ... `Die Erde gab Er den Menschenkindern`. Er gab die Erde nicht den Amerikanern und den Mongolen; den Menschen, der Menschheit auch den Schreibkundigen gab Er sie. In dieser Frage müssen wir einen bedingungslosen Standpunkt einnehmen; entweder gehört die Erde allen Menschen, und dann ist kein Platz für die Hoheitsrechte der Völker, oder aber wir anerkennen das Völkerrecht auf den Boden mit allen seinen Folgerungen. Das heißt mit dem Krieg, der diesem Recht anhaftet wie die Pest den indischen Hadern. Ein Mittelding gibt es nicht. ...*

*Doch sehen wir uns diese auf Völkerrecht gegründete Staatshoheit über den Boden noch mal von einer anderen Seite – nämlich von der Seite der Bodenschätze, sagen wir der Steinkohle, an. ... Der Menschheit, allen Völkern, jedem Menschen gehören offenbar diese Steinkohlen, von denen wir heute alle ebenso abhängig sind, wie von der Sonne, wie von der Luft. So werden wir reden, sobald wir einmal frieren werden, sobald wir persönlich unter den Folgen der Staatshoheit und des Völkerrechts zu leiden haben.*

*Dem Boden und seinen Schätzen gegenüber gibt es keine Völkerrechte ... Sobald wir den Völkern Rechte einräumen, die über das Recht des Einzelmenschen hinausgehen, verwandelt sich solches Recht in Krieg. Alle Menschen, jeder einzelne Mensch, hat auf den Boden, auf den ganzen Erdball die gleichen, unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Unrechtes bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg. ... Will man den Völkerfrieden, so muss dieser ersten Forderung genügt werden, allen Menschen, restlos allen Menschen gehört die Erde, und weg mit dem Massenrecht, weg mit einer Staatshoheit, die dieses Unrecht antastet!*

» » »

**„Wer den ersten Zaunpfahl in die Erde rammte und dazu sagte, dieses Land ist mein, und Dumme fand, die es glaubten, der legte den Grund zu den heutigen Staaten.“ (Rousseau)**

... Zusammenfassend: Das bis heute den so genannten Völkern, den Massen und ihren Staaten zugestandene unbeschränkte Hoheitsrecht über den Boden und seine Schätze bildet das Pulverfass des Krieges, und die Zündkapsel dazu liefert der verderbte Geist, den der auf dem Privatgrundbesitz sich aufbauende Klassenstaat von jeher gefördert hat und immer weiter fördern muss. Friede und Grundeigentum, sowohl nationales wie privates Grundeigentum, sind einfach unvereinbar, und unnützlich ist es, von Frieden zu reden, solange wir diese uralten barbarischen Einrichtungen nicht restlos von der Erde vertilgt haben.“

**Wie sieht die Umsetzung in die Praxis aus?** Jeder weiß: „Hart im Raume stoßen sich die Gedanken.“ Aber bei der Einführung von Freiland wird die Praxis von „geradezu vorbildlicher Einfachheit“ sein. Gesell fasst die Freilandordnung in zwei Gesetze:

**Satz 1:** In allen Staaten, die sich dem großen Friedensbund anschließen, wird das Sondereigentum am Boden (Privatgrundbesitz) restlos abgelöst. Der Boden ist dann Eigentum des Volkes und wird der privaten Bewirtschaftung durch öffentliche Verpachtung im Meistbietungsverfahren übergeben.

**Satz 2:** An diesen öffentlichen Pachtungen kann sich jeder Mensch beteiligen, einerlei wo er geboren, wie und was er spricht, welchen Lastern er huldigt, welche Verbrechen er begangen, von welchen Gebrechen er geplagt wird, kurz alle, die Menschenantlitz tragen. Das Pachtgeld wird gleichmäßig und restlos unter alle Frauen und Kinder wieder verteilt, wobei auch hier keinerlei Unterschied gemacht wird, woher die Frauen und Kinder kommen. ... Dabei wäre es verkehrt, wenn man annehmen würde, dass mit der Erklärung von Freiland alle Länder nun von allerlei Volk, vielleicht unerwünschtem Volk überrannt würden. ... Es ist wahrhaftig keine Wanderlust, kein Wandertrieb, der die Wanderarbeiter und Auswanderer veranlasst, Familie, Freunde, Heimat, die Kirche zu verlassen, um in Pennsylvanien in die Kohlengruben zu steigen. Wahrhaftig, hier ist bittere Not die treibende Kraft. Das erkennt man wohl am besten an der Rückwanderung der italienischen Auswanderer.“

Wie die Bodenreform durch Rückkauf von den jetzigen Bodeneigentümern durchgeführt wird, lässt sich nach den Vorschlägen von Silvio Gesell und den heutigen Vorstellungen zur Einrichtung von Landesbodenfonds nachvollziehbar darlegen. Wie sieht es aber mit den Bodenschätzen aus, mit der Kohle und dem Erdöl zum Beispiel? Auch dazu hat Gesell ausführ-

liche Vorschläge gemacht, die in der NWO auf Seite 102 nachzulesen sind:

**„Beim Bergbau lässt sich die Bodenverstaatlichung (heute der Rückkauf durch Bodenfonds, die Red.) womöglich noch leichter durchführen als im Ackerbau, da man hier von der Pachtung absehen und die Förderung der Bergerzeugnisse einfach in Verding (Akkord, Submission) geben kann. Der Staat (der Bodenfonds, die Red.) verdingt den Abbau an einen Unternehmer oder an Arbeitergenossenschaften; er bezahlt für jede Tonne einen auf Grund der Mindestforderung vereinbarten Lohn oder Preis – und verkauft seinerseits das Geförderte an den Meistbietenden. Der Unterschied zwischen beiden Preisen fließt als Grundrente in die Staatskasse (Kasse des Bodenfonds, die Red.).“**

Dieses höchst einfache Verfahren kann überall da ohne weiteres angewendet werden, wo keine besondere Einrichtungen dauernder Art nötig sind – also z. B. in den Torflagern, Braunkohlengruben, Kies-, Lehm- und Sandgruben, Steinbrüchen, Erdölfeldern usw. Es ist dasselbe Verfahren, das heute schon ganz allgemein den Staatsforsten eingeführt ist und sich dort in jahrhundertelanger Geltung bewährt hat. Die Forstverwaltung vereinbart mit den Arbeitern in öffentlichem Verding den zu zahlenden Lohn für das Festmeter, und zwar erhält der Mindestfordernde den Zuschlag; dann wird das von den Arbeitern gefällte und in Haufen bestimmter Größe geschichtete Holz öffentlich meistbietend verkauft. Betrug ist so gut wie ausgeschlossen, da sobald das Maß nicht richtig ist, die Käufer Klage erheben. So wäre es auch im Bergbau. Die Käufer würden selbst die Arbeit in der Grube überwachen. Für die Arbeiter wäre es ein leichtes, sich zu gemeinsamer Arbeit ohne Unternehmer zu vereinigen (was sie allerdings heute noch lernen müssten), da kein nennenswertes Betriebsgeld hier nötig ist. Die Grube gehört dem Staat; die Arbeiter brauchen also nur ihr Handwerkszeug.“

Dieses einfache Grundscheema hat Silvio Gesell in der NWO weiter modifiziert. Hier geht es nicht um die Darstellung aller Einzelheiten, sondern um eine grundsätzliche Änderung: die Ablösung des privaten Bodeneigentums durch Rückkauf und die Übertragung der leistungslosen Grundrente (Pachterträge) an die Mütter und ihre Kinder. Auch dieser Vorschlag Gesells könnte durch demokratische Entscheidungen modifiziert werden, bleibt aber in seinen sozialen Auswirkungen unübertroffen.

Das hier skizzierte ordnungspolitische Denken zur Nutzung der Bodenschätze würde das Weltmachtdenken beenden und den Frieden stabilisieren.

« « «